

**PROTOKOLL**

über die 2. Sitzung des **Beirates Huchting**,  
am Montag, 14. März 2016, in der Aula  
der Roland zu Bremen Oberschule, Flämische Straße 9

Anwesend: vom Ortsamt	Frau Yildirim, Herr Hobbiesiefken, Herr Schlesselmann
vom Beirat	Frau Averwenser, Frau Batrakow, Frau Kretschmann, Frau Werner, Herr Blanke, Herr Böse, Herr Bries, Herr Golkontt (zeitweise), Herr Hamen, Herr Horn, Herr Krüger, Herr Rietz, Herr Sahin (zeitweise), Herr Siepker
entschuldigt	Frau Cikryt, Herr Bodmann, Herr Krauskopf
Gäste zu TOP 2	Frau Kreuzer, Frau Dr. Rose, Frau Vollmer (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr mit der Begrüßung der Bürgerinnen und Bürger, der Gäste und der Mitglieder des Beirates eröffnet.

Die fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

**Tagesordnung**

1. Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Geplante Flüchtlingsunterkünfte in Huchting
  - ASV-Gelände / Bolzplatz Obervielander Straße
  - Huchtinger Heerstraße 196 (ehemaliges Hotel zum Landgrafen)
3. Richtlinien „Verkehr“ und „Bau“ zwischen SUBV, den Beiräten und Ortsämtern
4. Antrag Geförderte Beschäftigung und Regionale Netzwerke
5. Verschiedenes

**TOP 1 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung**

Ein Bürger weist darauf hin, dass in der Zeit von 7.30 bis ca. 8.15 Uhr vor den Schulen in der Delfter Straße wild geparkt wird und es oftmals ein Verkehrschaos gibt. Er schlägt vor, für diese Zeit ein absolutes Halteverbot einzurichten.

Das Thema wird an den Fachausschuss Verkehr zur Behandlung weitergeleitet.

Ein Bürger ist besorgt, da innerhalb kürzester Zeit drei Mal ein Geschäft überfallen wurde. Herr Schlesselmann sagt, das Thema Sicherheit in Huchting hat der Beirat im Auge und wird sich damit befassen.

Ein weiterer Bürger erkundigt sich, wie der Verkehr geleitet werden soll, wenn die Brücke über die B75 im Zuge der Heinrich-Plett-Allee abgerissen wird.

Herr Schlesselmann berichtet, dass es einen ständigen Austausch der Verkehrsplaner mit anderen Behörden und der Polizei gibt. Wenn Sperrungen, Einengungen oder Umleitungen geplant sind, werden diese frühzeitig in der Presse bekanntgegeben.

Aus dem Publikum wird darauf hingewiesen, dass in der Straße Zum Huchtinger Bahnhof ab dem Frühstückshaus gerast wird, obwohl dort bereits in einen Teilbereich ein Tempo 30-Schild aufgestellt ist. Es wird angeregt, in der ganzen Straße Zum Huchtinger Bahnhof nur Tempo 30 zu erlauben.

Das Thema wird an den Fachausschuss Verkehr zur Behandlung weitergeleitet.

Ein weiterer Bürger beobachtet die Situation im Knechtsand. Beim ehemaligen Kafu im Wendehammer werden immer mehr schrottreife Autos abgestellt. Außerdem wird dort Bauschutt gelagert. Das Gelände verkommt immer mehr.

Das Ortsamt Huchting kümmert sich.

Es wird sich über den Zustand der Brokhuchtinger Landstraße beschwert. Dort zu fahren ist teilweise lebensgefährlich, besonders mit dem Fahrrad.

Das Thema wird an den Fachausschuss Verkehr zur Behandlung weitergeleitet.

## **TOP 2 Geplante Flüchtlingsunterkünfte in Huchting**

### **• ASV-Gelände / Bolzplatz Obervielander Straße**

Frau Kreuzer stellt die geplanten Unterkünfte vor.

Nach dem Königssteiner Schlüssel muss Bremen 0,93 Prozent aller in Deutschland ankommenden Flüchtlinge aufnehmen. 20 Prozent des Bremer Anteils werden in Bremerhaven untergebracht.

Im Jahr 2014 hat Bremen insgesamt 2.233 Personen aufgenommen. 2015 waren es 10.274. Seit November 2015 ist die Zahl der Neuankömmlinge leicht rückläufig.

In Huchting werden zusammen mit den geplanten und heute vorgestellten Einrichtungen 899 Personen untergebracht sein. Dies entspricht 2,95 Prozent der 29.411 Bewohner Huchtings. Der Stadtteil liegt im mittleren Feld aller Bremer Stadtteile.

2016 wird mit einem Zuzug von ca. 8.000 weiteren Flüchtlingen für das Land Bremen gerechnet. Ca. 6.400 sind davon im Stadtgebiet Bremen unterzubringen. Bis zum Januar 2016 gab es 4.516 Personen, die in Notunterkünften wie Zelten und Turnhallen untergebracht waren. Bremen hat sich als Ziel gesetzt, Unterbringungen in Zelten und Turnhallen aufzulösen. Dafür werden in 2016 ca. 11.000 Plätze in Unterkünften benötigt.

In Huchting sind im Übergangwohnheim (ÜWH) Wardamm 180 Plätze, in einer Pension in der Kirchhuchtinger Landstraße 27 Plätze, im ÜWH Huchtinger Heerstraße 96 Plätze und in der Turnhalle Delfter Straße 100 Plätze vorhanden. Es ist geplant, die Turnhalle zum 30.03.2016 aufzulösen. Danach wird sie von Fachleuten von Immobilien Bremen begutachtet und nach eventuell zu ergreifenden Maßnahmen wieder für den Sport freigegeben.

Auf dem Gelände des ehemaligen ASV-Geländes soll ein ÜWH mit Appartements in Containern entstehen und Platz für 135 Personen bieten. Die Eröffnung ist für Anfang Juli 2016 geplant und die Nutzungsdauer ist mit 5 Jahren festgesetzt. Vor Ort wird es Sprachkurse und Betreuungsangebote geben. Das ehemalige Verwaltungsgebäude des ASV kann z.B. für ehrenamtliche Projekte genutzt werden.

Auf dem Bolzplatz an der Obervielander Straße ist die Unterbringung von ca. 280 Personen geplant. In Holzrahmenbauweise sollen hier Appartements entstehen. Die Nutzung ist auf 10 Jahre angelegt, der Bezug ist frühestens im Dezember 2016 geplant. Auch hier sind Sprachkurse und Kinderbetreuung angedacht. Das Gelände wird so bebaut werden, dass Flächen für das Fußballspielen bleiben werden. Die Schlafräume liegen alle auf der von der B75 abgewandten Gebäudeseite und die Lärmverträglichkeit ist gutachterlich bestätigt. Die Unterbringung in Zelten wäre mit deutlich mehr Immissionen verbunden.

Die Gebäude selbst werden so gebaut sein, dass die Aufteilung der einzelnen Räume leicht für eine Nachnutzung verändert werden kann. Die Gebäude, welche zur B75 hin liegen werden, können später z.B. für Gewerbe genutzt werden. Die Gebäude zur Obervielander Straße hin, sollen nach 10 Jahren in normale Wohnhäuser umgewandelt werden. Ähnliche Gebäude befinden sich in der Luxemburger Straße und werden z.B. von der AWO genutzt.

Aus dem Beirat wird die frühzeitige Einbeziehung des Beirates in die Planungen sowie die Umsetzung von Forderungen des Beirates gelobt. So ist es noch möglich, auf dem Gelände

Fußball zu spielen und auch die Feuerwehr kann dort noch ihre Übungen durchführen. Die Menschen, die hier untergebracht werden sollen, sind hauptsächlich Familien und können vernünftig und würdig wohnen, was in Zelten oder Turnhallen nicht möglich ist. Dass den Menschen geholfen wird, ist nicht nur im Grundgesetz verankert, sondern sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Auf die Frage aus dem Beirat, was die gesamte Maßnahme kosten wird, wer zahlt und wer alles baut, antwortet Frau Kreuzer, dass der Staat zahlt und Immobilien Bremen als Bauherrin auftritt. So werden unter anderem auch zusätzliche Jobs geschaffen. Wie viel die gesamte Maßnahme kosten wird, kann sie aus dem Stehgreif nicht sagen.

- **Huchtinger Heerstraße 196 (ehemaliges Hotel zum Landgrafen)**

Frau Dr. Rose von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, leitet dort die Abteilung Junge Menschen und Familien. Sie stellt die geplante Unterkunft in der Huchtinger Heerstraße 196 vor.

Im Laufe der letzten Jahre sind knapp 2.700 unbegleitete, minderjährige Asylbewerber (umA) nach Bremen gekommen. Sie kommen aus vielen verschiedenen Ländern. Zuletzt kam die Mehrzahl aus Afghanistan und Syrien, davor aus Afrika, besonders aus dem Norden. Bis zum 01.11.2015 waren die Bundesländer, in denen sich die umA gemeldet haben, für sie zuständig. Es fand keine Umverteilung statt. Nun werden auch die umA nach einem festgelegten Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Im Juli und August letzten Jahres kamen jeweils 500 umA in Bremen an. Sie mussten dann in Notunterkünften wie Zelten untergebracht werden. Einige Turnhallen, wie in der Lissaer Straße, in Horn und in Arsten konnten bereits wieder freigemacht werden. Derzeit leben noch ca. 250 umA in Turnhallen. Derzeit kommen pro Monat 120 – 130 umA in Bremen an. 10 von ihnen bleiben in Bremen, die anderen werden an Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein abgegeben. Die geplante Unterkunft in der Huchtinger Heerstraße 196 soll für die Unterbringung von in Notunterkünften lebenden umA dienen. Die umA, die zurzeit in der Luxemburger Straße 50 untergebracht sind, sollen Ende April in einer neu geschaffenen Unterkunft im Alten Zollamt in der Hans-Böckler-Straße untergebracht werden.

Die Nutzung des ehemaligen Hotels zum Landgrafen (HzL) ist erst einmal auf 5 Jahre ausgelegt. Mit ehemaligen Hotels, wie dem Hotel Horner Eiche, Deutsche Eiche oder der Feuerkuhle in Hastedt, hat man bereits gute Erfahrungen gesammelt, da die räumlichen Strukturen schon vorhanden sind. Im HzL sollen 100 umA auf drei Etagen untergebracht werden. Es sollen ein bis zwei Jugendliche in einem Zimmer leben. In der dritten Etage sollen die älteren Jugendlichen untergebracht werden. Sie werden in Apartments leben und auf ein selbstständiges Leben vorbereitet. Dazu gehört u.a., dass sie lernen, selbst zu kochen. Die Herrichtung des Gebäudes wird von einem privaten Investor übernommen, der nach den geplanten fünf Jahren das Gebäude mit geringen Umbaumaßnahmen als Hotel weiternutzen möchte.

Herr Schlesselmann sagt, der Beirat wurde durch eine Vorabinformation vor einigen Wochen über die Planungsabsichten unterrichtet. Nun sind die Planungen konkret und das Konzept wird der Öffentlichkeit heute vorgestellt.

Aus dem Beirat wird sich erkundigt, was für Beschäftigungskonzepte es geben soll, ob die Beschulung geregelt ist und wie viel Personal eingesetzt wird. Die Nachnutzung als Hotel wird positiv bewertet.

Ein Beiratsmitglied gibt zu bedenken, dass viele Menschen Angst um ihre Sicherheit haben, wenn in ihrer Nähe so viele umA untergebracht werden.

Frau Dr. Rose berichtet, dass viele der umA schon eine Weile in Bremen sind und bereits die Schule besuchen. Es werden nur Jungen untergebracht werden. Die Mädchen, 68 insgesamt im letzten Jahr, werden in gesonderten Einrichtungen untergebracht. Alle, die noch keinen Schulplatz haben, bekommen erst einmal einen Platz in einem Vorkurs. Sie werden in der Allgemeinen Berufsschule im Steffensweg auf ihr Bildungsniveau getestet und entsprechend ihres Bildungsniveaus Schulen zugewiesen. Viele besuchen dann eine berufsvorbereitende Schule. Der Träger, der die Einrichtung übernehmen wird, ist die Akademie Kannenberg. Sie betreut schon einige Einrichtungen mit umA und verfügt daher über Erfahrungen. Vor Ort wird es eine 24-Stunden-Betreuung geben. Für die Jugendlichen wird es eine feste Tagesstruktur geben. Ihnen wird Selbstständigkeit beigebracht. Weiter wird darauf Wert gelegt, die Jugendlichen möglichst schnell in Vereine zu integrieren. Der Betreuungsschlüssel wird bei 1 zu 3 oder 1 zu 4 liegen, das heißt, auf 3 bzw. 4 Jugendliche kommt ein Betreuer.

**Einstimmiger Beschluss: Die Rednerliste wird für das Publikum geöffnet.**

Aus dem Publikum wird gefragt, ob die Lärmbelastung durch die B75 das Wohnen auf dem ASV-Gelände nicht ausschließt.

Frau Kreuzer berichtet, dass die Örtlichkeiten durch das Gesundheitsamt geprüft und abgenommen wurden. Ein Lärmgutachten wurde erstellt. Die Nutzungsdauer der Gebäude auf dem ASV-Gelände ist nur auf 5 Jahre begrenzt. Es wird jedoch niemand 5 Jahre dort wohnen. Nach drei Monaten können sich Flüchtlinge eine eigene Wohnung suchen, die Lärmbelastung besteht folglich nur für einen relativ kurzen Zeitraum. Außerdem ist die Unterbringung in Zelten deutlich lärmintensiver.

Aus dem Publikum wird gesagt, dass die Unterbringung von umA in HzL die Anwohner überfordern wird. Familien wären kein Problem. Außerdem ist die Polizei schon in der Innenstadt mit 50 Intensivtätern überfordert. Mit 100 Jugendlichen am Stadtrand wäre die Polizei vollkommen überfordert.

**Einstimmiger Beschluss: Die Redezeit wird auf eine Minute begrenzt.**

Aus dem Publikum wird angeregt, einen Runden Tisch mit Mitgliedern des Beirates und interessierten Bürgerinnen und Bürgern einzurichten.

Frau Dr. Rose berichtet, dass es bei der Unterbringung von umA in Luleys Hotel in Strom viele Probleme gab. Daraufhin wurde das Hotel geräumt. Wenn es Probleme gab, waren dieses Probleme in der Einrichtung, nicht außerhalb. Viele der Jugendlichen sind von Ehrgeiz getrieben und sehr lernwillig. Man kann sie nicht alle über einen Kamm scheren. Die Jugendlichen stellen keine Gefahr dar. Sie brauchen jedoch viel Unterstützung.

In Borgfeld schlug der Unterbringung von umA zuerst auch Ablehnung entgegen. Inzwischen ist es so, dass die Leute darum bitten, die Jugendlichen weiter in der Nähe unterzubringen, da sie sich weiter um sie kümmern wollen.

Derzeit kommen deutlich weniger geflüchtete Menschen in Bremen an, was wahrscheinlich daran liegt, dass die Balkan-Route gesperrt wurde. Frau Dr. Rose ist sich dennoch sicher, dass sich die Zahl der Flüchtlinge und auch die der umA wieder erhöhen wird.

Von den kriminellen Jugendlichen waren zwischenzeitlich 18 in Haft, 12 sind es noch immer. Die Vernetzung zwischen den Behörden, der Polizei und der Justiz ist sehr gut.

Die Kontaktpolizisten besuchen die Einrichtungen regelmäßig und führen dort normenverdeutlichende Gespräche. In der Unterkunft Luxemburger Straße 50 gab es bisher keine Probleme.

Aus dem Publikum wird gesagt, dass die Verteilung der Jugendlichen nach gesetzlichen Regelungen geschieht. Die Jugendlichen werden als sehr aufgeschlossen wahrgenommen und es gibt viel ehrenamtliches Engagement. Dass das HzL saniert wird, ist sehr gut. Die-

ses ist derzeit ein Schandfleck. Es wird sich erkundigt, ob die Jugendlichen aus der Luxemburger Straße 50 in einen anderen Stadtteil umverteilt werden und dafür 100 „neue“ Jugendliche nach Huchting kommen oder ob von den Jugendlichen auch einige in das HzL ziehen sollen. Weiter wird gefragt, ob es genügend Vorkurse an Schulen gibt und ob diese von Lehrpersonal durchgeführt werden.

Frau Dr. Rose erklärt, dass die 50 Jugendlichen aus der Luxemburger Straße in einer Einrichtung in einem anderen Stadtteil untergebracht werden. Die 100 Jugendlichen sind teilweise Neuankömmlinge oder waren vorher in Zelten untergebracht. Die Vorkurse an den Schulen werden nicht vom regulären Lehrpersonal betreut, es wird deswegen also kein Unterricht an den Regelschulen ausfallen.

Es wird sich erkundigt, ob die kriminellen Jugendlichen vornehmlich aus den Maghreb-Staaten kommen.

Laut Frau Dr. Rose ist dieses der Fall. Die inhaftierten umA kommen mehrheitlich aus Nord-Afrika. Der Umgang mit ihnen ist sehr anstrengend. Sie haben Drogenprobleme und eine entsprechende Lebensgeschichte. Auf der Flucht haben sie sich mit unschönen Mitteln durchgeschlagen. Sie wollen schnelles Geld machen. Diese Jugendlichen bleiben nicht lange an einem Ort, sondern ziehen meistens schnell weiter. So kann ihnen keine Perspektive aufgezeigt werden. Nur wenige von ihnen können vom Sozialsystem aufgefangen werden. Doch die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ist weiterhin groß. Oftmals melden sich schon viele Menschen und wollen helfen, obwohl noch gar keine Flüchtlinge vor Ort sind. Für die Koordination von Ehrenamtlichen gibt es bei der AWO eine extra Stelle.

Frau Kreuzer und Frau Dr. Rose wird für die Informationen gedankt.

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

### **TOP 3 Richtlinien „Verkehr“ und „Bau“ zwischen SUBV, den Beiräten und Ortsämtern**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor der Sitzung schon im Koordinierungsausschuss besprochen. Die Veränderungsvorschläge der verschiedenen Parteien und vom Ortsamt sollen zusammengeführt und den Beiratsmitgliedern als Beschlussvorlage im Umlaufverfahren zugeschickt werden.

**Einstimmiger Beschluss: Dem genannten Verfahren wird zugestimmt.**

### **TOP 4 Antrag Geförderte Beschäftigung und Regionale Netzwerke**

Frau Batrakow verliest den Antrag der SPD-Fraktion:

„Der Beirat fordert den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen auf, eine gemeinwohlorientierte und sozialintegrative Beschäftigungsoffensive vorzulegen, um die dezentralen Beschäftigungsmöglichkeiten in vor allem sozial benachteiligten Stadtteilen wieder aufzubauen. Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben, benötigen eine Form der sozialen Integration, wobei dadurch ein Nutzen sowohl für Menschen als auch für das Gemeinwohl entsteht. Die Umsetzung eines solchen Programms ist eng mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport abzustimmen.“

Herr Horn verliest hierzu einen Änderungsvorschlag der Partei Die Linke:

(...) sowohl für den Menschen als auch für das Gemeinwohl entsteht. „Diese Angebote sollen als längerfristige Maßnahmen angeboten werden und nicht nur für jeweils maximal sechs Monate, wie es bisher der Fall war. Generell befürwortet der Beirat Huchting reale, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsangebote statt geförderte Arbeitsgelegenheiten

(auch Injobs oder Ein-Euro-Jobs genannt). Die Umsetzung eines solchen Programms ist eng mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport abzustimmen und finanziell über eine institutionelle Förderung abzusichern.“

Der Antrag wird gelobt und nach kurzer Diskussion wird der Änderungsvorschlag der Partei Die Linke befürwortet. Die Textpassage „(...) und nicht nur für jeweils maximal sechs Monate, wie es bisher der Fall war.“ soll gestrichen werden.

**Einstimmiger Beschluss: Der so geänderte Antrag soll dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zugeschickt werden.**

### **TOP 5 Verschiedenes**

a. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 1. Sitzung 2016 wird genehmigt.

b. Sachstand Straße Zwischen Dorpen

Es wird sich erkundigt, wann die Fertigstellung der Straße Zwischen Dorpen geplant ist. Das Ortsamt Huchting berichtet, dass die Zuständigkeit für die Herrichtung der Straße an das ASV übertragen wurde. Der Betriebsplan für dieses Gebiet kann im Ortsamt Huchting eingesehen werden.

c. Straßenbahnverlängerung

Ein Bürger informiert, dass Herr Bürgermeister Sieling in einem Gespräch gesagt haben soll, die Straßenbahnverlängerung wird durchgeführt, da Bremen sonst ein Imageverlust droht. Die Finanzierung wird zu 60 % vom Bund, zu 30 % vom Land Bremen und zu 10 % von der Stadtgemeinde Bremen übernommen. Die finanziellen Mittel für die Grundstücksankäufe in Höhe von 2,2 Mio. Euro wurden bereits bewilligt.

d. Einfahrt Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde

Es wird sich erkundigt, ob vom ASV schon eine Stellungnahme bezüglich der Markierung vor der Zufahrt zur Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde vorliegt. Es liegt noch keine Stellungnahme vor. Das Ortsamt Huchting kümmert sich.

Ende der Sitzung: 21.35 Uhr

Beiratssprecher  
gez. Herr Bries

Sitzungsleiter  
gez. Herr Schlesselmann

Protokoll  
gez. Herr Hobbiesiefken